

Zschopauer Tageblatt und Anzeiger



Das Zschopauer Tageblatt und Anzeiger, erscheint wöchentlich, 1. und 2. Ausgabe, Preis 1.70 RM. Zustellgeb. 20 Pfg. Bestellungen werden in uml. Geschäftsbüro, von den Böden, sowie von allen Postanstalten angenommen.

Wochenblatt für Zschopau und Umgegend

Anzeigenpreise: Die 46 mm breite Kilometerzeile 7 Pfg., die 9 mm breite Kilometerzeile im Textteil 25 Pfg., Nachdruckgebühren 25 Pfg. zusätzl. Porto

Das Zschopauer Tageblatt und Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Zschopau und des Stadtrats zu Zschopau bestmögliche bestimmter Platz und enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Finanzamtes Zschopau — **Bankkonten:** Erzgebirgische Handelsbank e. V., n. B. Zschopau Gemeindepfandkonto: Zschopau Nr. 41; Postsparkonto: Leipzig Nr. 42884. Fernsprecher Nr. 712

Zeitung für die Orte: Krummhermersdorf, Waldkirchen, Bärenstein, Hohnsdorf, — Wilsdorf, Weiskopf, Zornsdorf, Gornau, Dittmannsdorf, Wilschdorf, Scharfenstein, Schölkben, Pörschendorf

Nr. 87

Donnerstag, den 15. April 1937

105. Jahrgang

Das englische Unterhaus zur Blockade von Bilbao

Scharfe Stellungnahme des Innenministers Simon gegen die Opposition

London, 14. April. (Drahtmeldung).

Der Führer der oppositionellen Arbeiterpartei, Attlee, brachte am Mittwochmorgen im englischen Unterhaus den angekündigten Misstrauensantrag gegen die Regierung in der Frage von Bilbao ein, der im Hinblick auf die letzte Erklärung des Ministerpräsidenten Baldwin „das Verlangen der Regierung bedauert, die britische Handelschiffahrt bei Ausübung ihres ordnungsmäßigen Berufes zu unterstützen“.

Attlee erklärte im Namen der Labour Party, daß das Vorgehen der Regierung, nämlich die Mahnung an die britischen Schiffe, Bilbao zu meiden, die Aufgabe der Rechte bedeute, die England bisher stets für seine Handelschiffahrt beansprucht habe. Es heiße, einer „schweren Verletzung des Völkerrechts zuzustimmen“, wenn man wie die Regierung handle. Attlee behandelte dann die Lage vom Standpunkt der marxistischen Arbeiterpartei und führte zum Schluß aus, daß das Vorgehen der Regierung nach seiner Meinung die größte Verurteilung durch das Unterhaus verdiene.

Der Standpunkt der englischen Regierung

Darauf ergriff Innenminister Sir John Simon das Wort zu einer scharfen Antwort an Attlee. Er stellte fest, daß der Wortführer der Opposition in seiner Darstellung eine Anzahl von Erwägungen fortgelassen habe. Das Vorgehen der Regierung sei, wie sich leicht zeigen lasse, völlig berechtigt. Der Misstrauensantrag müsse der sofortigen Ablehnung verfallen.

England halte an der Nichteinmischung fest. Der durch den englisch-französischen Notenausgleich vom August v. J. angeordnete Zweck sei gewesen, den Handel zu vermeiden, die den guten internationalen Beziehungen schaden könnten, und sich jeder direkten oder indirekten Einmischung in die inneren Angelegenheiten Spaniens zu enthalten.

Simon erinnerte daran, daß im August und September vorigen Jahres die Handelsflotten verschiedener Länder getarnt worden seien, gewisse spanische Häfen anzulaufen. In jener Zeit habe bereits die englische Regierung den englischen Handelschiffen geraten, sich nicht nach den mehr oder weniger ständig von spanischen Kriegsschiffen bewachten Häfen zu begeben. Das habe nichts damit zu tun gehabt, was die Schiffe an Bord führten. Es stehe dagegen keiner der beiden spanischen Parteien

das Recht zu, in die Handelschiffahrt auf hoher See einzugreifen. In diesem Sinne sei die britische Handelschiffahrt auch damals angewiesen worden, und es sei nicht der geringste Verdacht oder Argwohn aufgetaucht, daß die britische Regierung nicht an der Nichteinmischung festhalte. Wenn das damals richtig gewesen sei, wie könne man dann heute sagen, daß man sich hinsichtlich der Lage vor Bilbao einem neuen Stand der Dinge gegenübergestellt habe, daß die britische Regierung eine völlig neue Politik eingeleitet, ihre Grundsätze verraten und sich der Kritik ausgesetzt habe?

Sir John Simon wurde während seiner Rede häufig von höflichen Zwischenrufen unterbrochen, so daß er sich schließlich für einige Augenblicke hinstellte, um abzuwarten, bis wieder Ruhe eintrat. Dann fuhr er mit einer Beschreibung der Lage vor Bilbao nach den der britischen Admiralität zugegangenen Berichten fort.

Am Freitag voriger Woche habe sich die Regierung entschlossen, den britischen Handelschiffen mitzuteilen, daß sie in Anbetracht der gefährlichen Lage für den Augenblick nicht wünsche, daß sie baskische Häfen anliefen. Simon wiederholte, daß alle getroffenen Maßnahmen sich völlig mit denen deckten, die im August vorigen Jahres ergriffen wurden, und daß daher keine Berechtigung für den Misstrauensantrag bestehe. Nach den der Admiralität zugegangenen Berichten sei das ganze Küstengebiet von Bilbao bis Santander mit Minen verlegt. Er sehe nicht ein, warum die Regierung dem nicht Rechnung tragen solle. Die britische Flotte könne sich den Weg zu jedem spanischen Hafen bahnen, aber nur mit einer großen Flotte von Minensuchbooten, und das würde die Aufgabe der Nichteinmischung bedeuten.

Auf eine Zwischenfrage des ehemaligen Ministerpräsidenten Lloyd George, ob die britische Flotte die britische Schifffahrt im Falle eines Angriffs durch Kriegsschiffe General Franco's auf hoher See beschützen würde, erwiderte Sir John Simon: „Bestimmt, die Regierung kann Eingriffe in die britische Schifffahrt auf hoher See nicht dulden.“

Der Redner erklärte dann nochmals, daß man England nicht beschuldigen könne, sich nicht an die Nichteinmischung gehalten zu haben. Die gegenwärtige Politik stelle keine Kapitulation vor irgendeiner ausländischen Regierung dar. Simon bat dann das Unterhaus, die Regierung in dieser Frage zu unterstützen.

Mittler zwischen Bürgermeister und Bürger

Es ist schon lange so, daß wichtige Angelegenheiten der Bevölkerung von den Gemeindebehörden geregelt werden. Die Gemeinde ist der Verwaltungszweig, der mit dem Leben des einzelnen Bürgers die engste Berührung hat. Von ihren Maßnahmen sind die Lebensumstände der einzelnen Volksgenossen am stärksten betroffen.

Die deutschen Gemeinden arbeiten auf der Grundlage der Selbstverwaltung, einem alten deutschen Wesenszug. Das Führerprinzip hat sich bereits voll und ganz durchgesetzt. Es erfolgt aber immer in wichtigen Fragen noch eine Beratung durch die Vertreter der Bürgerschaft, d. h. in Zschopau mit den Ratsherren. Durch das Verantwortungsbewußtsein der führenden Männer der Gemeindeverwaltung sind die Verwaltungen der Gemeinden wieder in einen sauberen Zustand versetzt worden.

Die Mitarbeit der Presse wird von jeder gerade von den Gemeinden außerordentlich ernst genommen. Die Presse von heute ist sich ihrer Verantwortung gegenüber Volk und Vaterland bewußt. Sie hat ihre eigene Verantwortlichkeit und die in ihr Schaffenden sind gewöhnt nach den verschiedensten Richtungen gegen unläutere Angriffe geschützt. Die Aufgabe der Presse des Dritten Reiches ist es, die Politik der obersten Reichs- und Staatsbehörden der Bevölkerung nahezubringen. Und gerade in diesen Stellen wird die Mitarbeit der Presse als unerlässlich angesehen und nach jeder Richtung hin gefördert.

Die gleichen Aufgaben bestehen auch in der Gemeinde. Heute gibt es keine nutzlose Kräfte mehr, sondern alle arbeiten positiv mit, geben fruchtbare Anregungen usw. Die führenden Männer von heute sind viel eher als eine große Zahl ihrer Vorgänger in der Lage, ein offenes Wort zu hören.

Außerordentlich häufig sind die Anregungen der Presse von den Gemeindeverwaltungen aufgegriffen und mit Erfolg durchgeführt worden. Z. B. stammt die Anschaffung von Signalkörnern an den Sanitätswagen, die damit die gleichen Rechte wie die Feuerwehr erlangen, aus der Redaktionsstube einer großen deutschen Zeitung. Die Anregung wurde aufgegriffen und bereits heute ist sie eine Selbstverständlichkeit.

Die Polizei hat wiederholt die Mitarbeit der Presse bei der Aufklärung von Verbrechen anerkannt. Auch in Zschopau wurden in Zusammenarbeit zwischen Presse und Polizei eine große Reihe von Straftaten aufgeklärt. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Gemeinde und der Presse liegt im Interesse aller. Die Anregungen für Bauten, gemeinnützige Einrichtungen, Verkehrsfragen usw. wurden schon oft von der Presse gegeben und dann auch durchgeführt.

Im Dritten Reich ist der Presse von der Staatsführung eine Vertrauensstellung übertragen worden. Durch die Presse wird die Aufbaubarkeit der Gemeinden in erster Linie der gesamten Öffentlichkeit nahegebracht. Es ist das Recht der Staatsbürger, über Behördenmaßnahmen aller Art schnell und zuverlässig unterrichtet zu werden. Deshalb ist auch eine schnelle und umfassende Unterrichtung der Presse und Förderung ihrer eigenen Initiative im Interesse der Gemeindeverwaltungen. Gemeindebehörden und Presse, sie stehen alle im Dienste des Führers und arbeiten deshalb auf das engste zusammen.

In Zschopau ist das Einvernehmen zwischen Presse und Verwaltung der Stadt außerordentlich harmonisch, und es ist nur zu hoffen und zu wünschen, daß im Interesse der Allgemeinheit diese gute Zusammenarbeit weiter ausgebaut und gepflegt wird. **hd.**

namten Verbände, dies der Versammlung mitteilte und den Talmudjuden dabei schärfstens angriff, wurde Laguardias Name von der Menge minutenlang ausgezischt und ausgepiffen.

Empfänge beim Führer

Der Führer und Reichkanzler empfing den britischen Botschafter Sir Eric Phipps zur Beratschulung und den neuernannten Botschafter des Deutschen Reiches in Washington, Dr. Dieckhoff, zur Abmeldung.

Jüdische Heze in christlicher Kirche Skandal in New York — Deutsche Emigranten im Spiel

New York, 14. April. (Drahtmeldung).

Die jüdische Heze, die in U.S.A. gegen Deutschland betrieben wird, hat jetzt ein neues Mittel erdacht, das alles Bisherige in den Schatten stellt. Die christliche Kirche haben die Juden jetzt in den Dienst ihrer Heze gestellt. In der baptistischen Riverside-Kirche zu New York fand vor 1500 Zuschauern die Vorführung eines „Verbotsfilms“ statt, der sich, begleitet von aufreizenden, rüffeligen Gebreden gegen Deutschland, mit dem Schicksal aus Deutschland ausgewiesener Emigranten beschäftigt. Der Film, der den bezeichneten Titel trägt, „Moderne christliche deutsche Märtyrer“ soll wöchentlich in jeder Kirche der Vereinigten Staaten unentgeltlich vorgeführt werden. Der Erlös dieses Unternehmens, bei dem Kollekten veranstaltet werden, ist für Emigranten aus Deutschland bestimmt.

Der inhaltlich äußerst dürftige Film besteht im wesentlichen aus einem Aufzug des ehemaligen Völkerverbandskommissars für die Emigranten aus Deutschland, Mac Donald, und des Pastors der Riverside-Kirche, Postel. Auch Erica Mann, die fassam bekannte Tochter ihres unermüdet bekannten Vaters Thomas Mann, ist gleichfalls, ebenso wie andere deutsche Emigranten, an der Darstellung beteiligt. Die nationalsozialistische Regierung wird von den Rednern als Feind jeder christlichen Kultur hingestellt. Neuherungen von Alfred Rosenberg, Baldur von Schirach und aus dem Buch des Führers „Mein Kampf“ werden gefächelt. Der Film, der charakteristischweise mit dem Abingen des Lutherhorals beginnt, ist somit eine Mischung kirchlicher Lieber und Gebete mit heizerischen Gemeinheiten.

Man kann nicht sagen, daß die Clique der amerikanischen Hezer wählerisch in ihren Mitteln wäre, und man

muh zugeben, daß den Hezern ihr Handwerk leicht gemacht wird. Es ist immerhin ein tolles Stück, wenn die christliche Kirche sich als Förderin dieser unchristlichen Methoden zur Verfügung stellt. — Grotest geradzu er scheint der Fall, wenn man bedenkt, daß sich die Kirche ausgerechnet von Juden mißbrauchen läßt. Aber diese politischen Dunkelkammer kennen den Amerikaner und wissen seine Frömmigkeit auszunutzen. So versuchen sie, ihre politischen Absichten mit dem Deckmantel christlicher Nächstenliebe zu tarnen.

Wir können uns nicht denken, daß sich die einflussreichen Kirchen der Vereinigten Staaten in eine derartige geistlose Heze einspannen lassen, noch dazu von landfremden Elementen, die von ihren dunklen politischen Geschäften leben und denen der Unfrieden in der Welt ein Geschäft bedeutet.

Talmudjude Laguardia ausgepiffen

In einer im New-Yorker Hippodrom von dem „Amerikanischen Verband gegen den Kommunismus“ und der „Internationalen katholischen Wahrheitsgesellschaft“ einberufenen Versammlung rednete George Harven, der Präsident des New-Yorker Stadtbezirks Queens, der als republikanischer Anwärter für das Oberbürgermeisteramt gilt, scharf mit der New-Yorker Stadtverwaltung, deren Oberhaupt der Talmudjude und Deutschentresser Laguardia ist, ab. Unter begeisterten Beifall erklärte er, wenn er die New-Yorker Polizei unter sich hätte, würde er die Stadt innerhalb von zwei Wochen von den Kommunisten säubern.

Bezeichnend war die Abwesenheit Laguardias, der es nicht für nötig befunden hatte, die an ihn als Oberbürgermeister ergangene Einladung zu beantworten. Als der Vorsitzende, Pfarrer Curran, der Gründer der oben ge-